

Bundesamt für Landestopografie  
Supportbereich Führungsunterstützung  
Seftigenstrasse 264  
3084 Wabern

22. November 2005

## **Bundesgesetz über Geoinformation (Geoinformationsgesetz, GeolG)**

### **Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

---

Sehr geehrter Herr Bundespräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die EVP nimmt gerne Stellung zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Geoinformation. Wir haben einige allgemeine Anmerkungen sowie solche zu den einzelnen Artikeln.

Besonders begrüsst wird der Grundsatz, dass Geodaten für die Öffentlichkeit zugänglich sind, weil Daten von nationaler Bedeutung auch von den Steuerzahlern finanziert wurden. Da auch private Nutzer mit Geodatensoftware ausgestattet sind, wird die Zugänglichkeit dieser Daten immer wichtiger. Ebenso ist es sinnvoll, alle Bestimmungen, die Geodaten enthalten, in einem Gesetz zusammenzufassen.

Geodaten sind nicht mehr wegzudenken. Von einer systematischen Erfassung der vorhandenen Daten sowie deren Verknüpfung profitiert die Schweiz. Die Erhebung, Nachführung und Ablage der Daten sollen koordiniert erfolgen. Aus diesem Grundsatz sehen wir folgende Bundesaufgaben:

- Landesvermessung
- Koordination der amtlichen Vermessung
- Standardisierung und Koordination anderer Geodaten von nationaler Bedeutung

Das Landeskartenwerk darf auch bei neuen Techniken und Abläufen nicht an Qualität verlieren.

Einer vollständigen Koordination aller vorhandenen und neuen Geodaten auf allen Ebenen (Bund, Kanton, Gemeinde) steht die EVP kritisch gegenüber. Kantonale und lokale Daten können angepasst werden. Die Finanzierung und die Initiative dazu ist jedoch von den Kantonen und Gemeinden zu erbringen. Der Bund soll sich explizit auf die Daten nationaler Bedeutung beschränken. Die Datenflut und die daraus entstehenden zeitlichen und finanziellen Folgen bei vollständiger Koordination wären nicht abzuschätzen.

Die zeitlichen Aspekte sind im Gesetz ungenügend abgegrenzt. Die Koordination braucht viel Zeit. Deshalb ist das Setzen von Prioritäten beim Abstimmen der Daten wichtig.

Zu den einzelnen Artikeln:

**Art. 2**

Die EVP begrüsst es, dass hier die Daten von nationalem Interesse explizit erwähnt sind.

**Art. 3**

Der dritte Abschnitt dieses Artikels ist unverzichtbar, da sich der Bereich der Datenverarbeitung schnell ändert und diese Änderungen damit mitverfolgt werden können.

**Art. 4**

Eine Harmonisierung der Geobasisdaten ist wünschenswert. Die Abstimmung der Daten sollte jedoch nicht zu einer Verzögerung der Anwendung der Daten führen. Der zeitliche Rahmen ist im Gesetz nicht griffig enthalten.

**Art. 8**

Der zweite Absatz ist unnötig, da die Zuständigkeit sowie die Qualität bereits in Absatz 1 definiert ist.

**Art 12**

Der zweite Teil des Satzes „... und legt deren Mindestbestand fest.“ ist ersatzlos zu streichen.

**Art 14**

Geobasisdaten nationaler Bedeutung wurden grossteils von Steuergeldern finanziert. Daher sollten die Gebühren für deren Nutzung niedrig sein. Die EVP vermisst eine griffigere Begrenzung der Gebührenstruktur im Gesetz.

**Art. 15**

Die EVP lehnt den ganzen 4. Abschnitt des GeolG ab. Ein umfassender Kataster, der hauptsächlich regionale und lokale Aufgaben erfüllt, kann nicht Bundesaufgabe sein. Ein solcher Kataster ist nicht zweckmässig und zu teuer. Die EVP schlägt vor, den Artikel 15 ersatzlos zu streichen.

**Art. 16**

Der Bund soll nur gewerbliche Dienstleistungen übernehmen, wenn diese von privater Seite nicht erbracht werden können.

**Art 17**

Die Unterstützung bei der Erhebung und Nachführung von Geobasisdaten bezieht sich auf die Amtliche Vermessung und die Landesvermessung. Diese Bezeichnungen sollen hier beibehalten werden, da so die Folgen abschätzbar sind. Eine generelle Unterstützung aller möglichen Erhebungen ist zu stark eine „Carte Blanche“.

**3. Kapitel „Landesvermessung“ und 4. Kapitel „Amtliche Vermessung“**

Diesen beiden Kapiteln kann die EVP vorbehaltlos zustimmen. Hier wird die bewährte bisherige Praxis weitergeführt.

**Art. 33**

Wird gemäss unserem Vorschlag Artikel 15 gestrichen, entfällt auch dieser Artikel.

**Art. 39**

Die Gebührenordnung soll sofort angepasst und nicht an der heutigen Situation festgehalten werden.

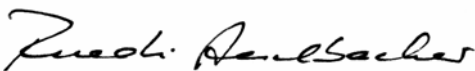
Wir danken Ihnen für die wohlwollende Prüfung unserer Überlegungen und hoffen, dass unsere Anliegen in der überarbeiteten Fassung berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüssen

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Dr. Ruedi Aeschbacher  
Nationalrat



Joel Blunier